



Impressum

Herausgeber: Hochschulstadt Mittweida

Redaktion: Hochschulstadt Mittweida, RZD / Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Verantwortlich für die Amtlichen Mitteilungen der Stadtverwaltung: Der Oberbürgermeister

Seite 1

---

Ausgabe 52/2022e vom 11. November 2022 mit

## Öffentliche Bekanntmachung

### Allgemeinverfügung zur Straßenbenennung im Ortsteil Falkenhain

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 30.06.2022 gemäß Vorlage SR/2022/053/03 die Nachtragung und Benennung der Straße im Ortsteil Falkenhain zwischen K8212 und Talsperrenstraße (gegenüber dem Parkplatz) beschlossen.

Der teilweise als Ortsstraße (bebauter Bereich) und teilweise als öffentlicher Feld- und Waldweg (Bereich ohne Bebauung) zu widmende Bereich erhält den Namen „**Talsperrenstraße**“.



Die Allgemeinverfügung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Die sofortige Vollziehung gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1325) wird hiermit angeordnet.

Die Benennung der dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wege und Plätze und Brücken ist gemäß § 5 Abs. 4 Sächsischer Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 09. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) Angelegenheit der Gemeinde.

#### Begründung:

### **1. Veranlassung der Straßenbenennung**

Nach Änderung des Sächsischen Straßengesetzes (SächsStrG) wurden gemäß Übergangsvorschrift § 54 Abs. 3 SächsStrG für diesen Weg Anträge auf Eintragung in das Bestandsverzeichnis gestellt. Durch den Stadtrat wurde die Nachtragung in das Bestandsverzeichnis der Stadt Mittweida beschlossen. Die Benennung dieser Verkehrsfläche dient dem gezielten Auffinden des Weges.

Über eine amtliche Vergabe eines Straßennamens für die Straße / den Weg ist nichts bekannt. Mit der Erteilung eines Straßennamens soll Rechtsicherheit geschaffen werden.

### **2. Auswahl des Straßennamens**

Der Straßename „Talsperrenstraße“ wurde ausgewählt, da es sich um eine Verbindung zwischen den bereits bestehenden Straßen K8212 und Ortsstraße O 190 mit den gleichen Straßennamen handelt.

Für die anliegenden Wohngrundstücke gibt es aufgrund der Straßenbenennung keine Änderungen, da die bisherigen Wohnanschriften bereits den Straßennamen „Talsperrenstraße“ tragen.

Die Auswahl des Straßennamens ist eine Ermessensentscheidung der Gemeinde. Die Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen verfolgt eine ordnungsrechtliche Aufgabe, die ausschließlich dem Interesse der Allgemeinheit an einer klar erkennbaren Gliederung dient. Sie hat ungeachtet der besseren Orientierungsmöglichkeiten von Privatpersonen im amtlichen Bereich u.a. Bedeutung für das Meldewesen und die Polizei sowie für die Feuerwehr und den Rettungsdienst. Die Straßenbenennung hat insoweit eine Ordnungs- und Erschließungsfunktion.

Eine Anhörung der Betroffenen vor Erlass der Allgemeinverfügung ist nicht zwingend erforderlich. Ein Anspruch auf rechtliches Gehör gibt es nicht.

### **3. Vollziehung**

Die Erteilung des Straßennamens ergeht als adressatenloser, sachbezogener Verwaltungsakt und somit als Allgemeinverfügung i.S.v. § 35 Satz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 24 Abs. 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154).

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO der Allgemeinverfügung ist erforderlich, um dem vordringlichen Interesse der Allgemeinheit an einer klar erkennbaren Gliederung des Gemeindegebietes und der Bedeutung für das Meldewesen, Feuerwehr, Polizei und Rettungsdiensten zu folgen und gebotenes sofortiges Handeln zu gewährleisten. Aus diesen Gründen ist es nicht vertretbar, die Unanfechtbarkeit dieser Allgemeinverfügung und eventuell den längeren Zeitablauf von Rechtsmittelverfahren abzuwarten.

### **4. Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder mündlich zur Niederschrift bei der Stadtverwaltung Mittweida, Markt 32, 09648 Mittweida einzulegen.